

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Sabine Dittmar, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Harald Güller, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

### **Lehren aus Müller-Brot – Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Lebensmittelkontrolle in Bayern effizienter zu organisieren und für die Verbraucherinnen und Verbraucher transparenter zu gestalten. Hierbei sind folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Die personelle Ausstattung der Lebensmittelüberwachungsbehörde muss deutlich aufgestockt und die technische Ausstattung deutlich verbessert werden.
2. Die Wiederbesetzungssperre ist sofort aufzuheben.
3. Das bisher übliche Verfahren, notwendige Proben anhand von Einwohnerzahlen festzulegen, ist zu einem Verfahren weiterzuentwickeln, das die Wirtschaftsstruktur einer Region und das individuelle Risikopotential eines Betriebs und die Betriebsgröße berücksichtigt.
4. Die Lebensmittelkontrolle ist direkt dem Staatsministerium zu unterstellen, um so die nötige Distanz zwischen Unternehmen und Kontrollbehörde herzustellen.
5. Die Staatsregierung wird sich aktiv für eine weitere Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes einsetzen mit dem Ziel, alle behördlichen Untersuchungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ein Transparenzsystem zu etablieren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Berücksichtigung obiger Punkte bis zur Sommerpause dem Landtag ihr konkretes Konzept vorzulegen, wie auch unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes zum gesundheitlichen Verbraucherschutz, die Lebensmittelkontrolle in Bayern effizienter und für den Verbraucher und die Verbraucherin transparenter organisiert werden kann.

### **Begründung:**

Nicht nur die jüngsten Ereignisse um den Hygieneskandal bei Müller-Brot, sondern auch der Bericht des Bundesrechnungshofes zeigen deutlich, dass es Defizite in der Organisation der Lebensmittelüberwachung, in der Konsequenz des Vollzuges und in der Information der Öffentlichkeit gibt. Wir halten es deshalb für dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, die zum einen zu einer Verbesserung der Lebensmittelkontrolle führen, zum anderen aber auch dem Anspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information gerecht werden. Durch die personelle Unterbesetzung der Lebensmittelüberwachungsbehörden und den gleichzeitigen Zuwachs an Aufgaben geht die Zahl der Betriebskontrollen und der Probenentnahmen kontinuierlich seit Jahren zurück. Hier muss dringend gegengesteuert werden.

Gerade die aktuellen Ereignisse bei Müller-Brot zeigen, dass für Lebensmittelüberwachung, Konsequenz im Vollzug und Transparenz eine größere Distanz zwischen Unternehmen und Lebensmittelüberwachungsbehörde notwendig ist, deshalb ist die Überwachungsbehörde direkt dem Staatsministerium zu unterstellen. Eine frühzeitige Information der Öffentlichkeit über erhobene behördliche Untersuchungsergebnisse wird Unternehmen und Betriebe zügiger veranlassen, hygienisch einwandfrei zu arbeiten und vor allem auch behördliche Anordnungen zügig und nachhaltig umzusetzen.